

Deutschland-Eggenfelden: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
OJ S 99/2023 24/05/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: AWW Abfallwirtschaftsverband Isar-Inn
Postanschrift: Karl-Rolle-Straße 43
Ort: Eggenfelden
NUTS-Code: DE22A Rottal-Inn
Postleitzahl: 84307
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB
E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de
Telefon: +49 94129734-10
Fax: +49 94129734-11
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.eggenfelden.de/de/>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHY6X6C/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHY6X6C>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: RAe Prof. Dr. Rauch & Partner mbB
Postanschrift: Hoppestraße 7
Ort: Regensburg
NUTS-Code: DE232 Regensburg, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 93049
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Vergabeabteilung
E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de
Telefon: +49 94129734-10
Fax: +49 94129734-11
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://prof-rauch-baurecht.de/kanzlei.html>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

TNW_AWV Abfallwirtschaftsverband Isar-Inn_Neubau Wertstoffhof Simbach am Inn_Ingenieurleistungen
Referenznummer der Bekanntmachung: 78/23

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Der Abfallwirtschaftsverband (kurz AWV) Isar-Inn plant den Neubau eines Wertstoffhofes inkl. Betriebsgebäude in Simbach am Inn. Der neue Wertstoffhof soll im Gewerbegebiet Waltersdorf errichtet werden.

Die Planungsleistungen werden im Rahmen einer Generalplanervergabe ausgeschrieben und vergeben. Es werden folgende Leistungen benötigt:

- Leistungsbild Objektplanung Gebäude u. Innenräume für das Betriebsgebäude gem. § 34 Abs. 3 HOAI Teil 3 Abschnitt 1: Grundleistungen der Leistungsphasen 1-9, Besondere Leistung der Brandschutzplanung, soweit über Grundleistungen hinausgehend sowie der Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist; die Vergütung erfolgt über das Leistungsbild Ingenieurbauwerke
- Leistungsbild Objektplanung Ingenieurbauwerke für den Wertstoffhof (§ 41 Nr. 5 HOAI) gem. § 43 Abs. 1 HOAI, Teil 3 Abschnitt 3: Grundleistungen der Leistungsphasen 1-9, Besondere Leistungen der örtlichen Bauüberwachung sowie der Überwachung der Mängelbeseitigung
- Leistungsbild Objektplanung Verkehrsanlagen (inkl. Grünflächen und Technische Anlagen in Außenanlagen) gem. § 47 Abs. 1 HOAI, Teil 3 Abschnitt 4: Grundleistungen der Leistungsphasen 1-9, Besondere Leistungen der örtlichen Bauüberwachung sowie der Überwachung der Mängelbeseitigung
- Leistungsbild Fachplanung Tragwerksplanung (für Betriebsgebäude und Wertstoffhof) gem. § 51 Abs. 1 HOAI, Teil 4 Abschnitt 1: Grundleistungen der Leistungsphasen 1-6, Besondere Leistungen des Nachweises der Feuerwiderstandsdauer tragender Bauteile sowie der ingenieurtechnischen Kontrolle
- Leistungsbild Fachplanung Technische Ausrüstung - Anlagengruppen 1-8, soweit anfallend, gem. § 55 Abs. 1 HOAI, Teil 4 Abschnitt 2: Grundleistungen der Leistungsphasen 1-9, Lph. 4 nur, soweit anfallend, Besondere Leistung der Überwachung der Mängelbeseitigung

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6.

Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen, 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE22A Rottal-Inn

Hauptort der Ausführung: Gewerbegebiet Waltersdorf Weites Feld 7 84359 Simbach am Inn
Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des Auftraggebers.

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Abfallwirtschaftsverband (AWV) Isar-Inn ist der öffentlich-rechtliche Abfallentsorger für die Landkreise Dingolfing-Landau und Rottal-Inn.

Er plant den Neubau eines Wertstoffhofes inkl. Betriebsgebäude in Simbach am Inn. Der neue Wertstoffhof soll im Gewerbegebiet Waltersdorf errichtet werden. Der Pachtvertrag für das Gelände des bestehenden Wertstoffhofes läuft Ende 2025 aus.

Der AWV Isar-Inn hat ein 6.319 m² großes Grundstück im Gewerbegebiet Waltersdorf in Simbach am Inn erworben, auf dem nun ein neuer Wertstoffhof entstehen sollen.

Die Zufahrt erfolgt über die B12, Winklhamer Straße in die Erschließungsstraße Weites Feld. Eine leichte Neigung des Grundstücks von Norden nach Süden ist vorhanden. Ein gewisser Ausgleich der Geländefläche ist notwendig. Ein Bodengutachten ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

Ein Wertstoffhof inkl. Betriebsgebäude, PV-Anlage und Verkehrsflächen soll entstehen.

Es sind verschiedene Annahmebereiche vorzusehen. Ein überdachter Annahmebereich für Großfraktionen (Kartonagen, Nichtverpackungskunststoffe, Almetalle, evtl. Sperrmüll und Altholz). In diesem Bereich sollte der Einwurf in die Sammelcontainer, durch Ausnutzung der Grundstückstopographie und Geländemodellierung, in tieferliegende Sammelcontainer ermöglicht werden. Außerdem sind Annahmebereiche für Elektro- und Elektronikaltgeräte und Inertstoffe (Glas, Öli, Altkleider, Bauschutt) zu berücksichtigen.

Die Park- sowie Fahrflächen sind notwendig, ebenso eine Einfriedung und eine Beleuchtung außen. Grünflächen und Bepflanzungen sind ebenfalls vorgesehen.

Der Planungsbeginn soll unmittelbar nach Auftragsvergabe im Herbst 2023 stattfinden. Baubeginn ist für Frühjahr 2024 angedacht, die Fertigstellung muss bis Ende 2025 erfolgen. Der Wertstoffhof muss spätestens zum 01.01.2026 in Betrieb genommen werden können.

Die Kosten der Gesamtmaßnahme (KG 200 - 600, also ohne Planungskosten) werden auf etwa 2,4 Mio. EUR brutto geschätzt. Es handelt sich hierbei jedoch um eine vorläufige, grobe Einschätzung.

Aktuell wird von folgenden Grob-Ansätzen brutto ausgegangen:

KG 200 - Bodenverbesserung: 450.000,- EUR

KG 300 - Baukonstruktion: 1.028.000,- EUR (davon 135.000,- EUR für Betriebsgebäude)

KG 400 - Technische Ausrüstung: 428.000,- EUR (Heizung: 9.000,- EUR, Sanitär: 91.000,- EUR, Beleuchtung: 92.000,- EUR, PV-Anlage inkl. Speicher: 199.000,- EUR, Bezahlsystem: 14.000,- EUR, Videoüberwachung: 23.000,- EUR)

KG 500 - Verkehrsanlagen: 452.000,- EUR (Park- u. Fahrflächen: 265.000,- EUR, Beleuchtung außen: 66.000,- EUR, Einfriedung: 76.000,- EUR, Grünflächen: 45.000,- EUR)

KG 600 - Beschilderung (kümmert sich AG selbst): 20.000,- EUR

Die Planungsleistungen werden im Rahmen einer Generalplanervergabe ausgeschrieben und vergeben. Es werden folgende Leistungen benötigt:

- Leistungsbild Objektplanung Gebäude u. Innenräume für das Betriebsgebäude gem. § 34 Abs. 3 HOAI Teil 3 Abschnitt 1: Grundleistungen der Leistungsphasen 1-9, Besondere Leistung der Brandschutzplanung, soweit über Grundleistungen hinausgehend sowie der Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist; die Vergütung erfolgt über das Leistungsbild Ingenieurbauwerke
- .
- Leistungsbild Objektplanung Ingenieurbauwerke für den Wertstoffhof (§ 41 Nr. 5 HOAI) gem. § 43 Abs. 1 HOAI, Teil 3 Abschnitt 3: Grundleistungen der Leistungsphasen 1-9, Besondere Leistungen der örtlichen Bauüberwachung sowie der Überwachung der Mängelbeseitigung.-
Leistungsbild Objektplanung Verkehrsanlagen (inkl. Grünflächen und Technische Anlagen in Außenanlagen) gem. § 47 Abs. 1 HOAI, Teil 3 Abschnitt 4: Grundleistungen der Leistungsphasen 1-9, Besondere Leistungen der örtlichen Bauüberwachung sowie der Überwachung der Mängelbeseitigung
- .
- Leistungsbild Fachplanung Tragwerksplanung (für Betriebsgebäude und Wertstoffhof) gem. § 51 Abs. 1 HOAI, Teil 4 Abschnitt 1: Grundleistungen der Leistungsphasen 1-6, Besondere Leistungen des Nachweises der Feuerwiderstandsdauer tragender Bauteile sowie der ingenieurtechnischen Kontrolle
- .
- Leistungsbild Fachplanung Technische Ausrüstung - Anlagengruppen 1-8, soweit anfallend, gem. § 55 Abs. 1 HOAI, Teil 4 Abschnitt 2: Grundleistungen der Leistungsphasen 1-9, Lph. 4 nur, soweit anfallend, Besondere Leistung der Überwachung der Mängelbeseitigung

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 15/09/2023

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9.

Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Es sind insgesamt max. 600 Punkte erreichbar. Je Gliederungspunkt sind max. die angegebenen Punkte erreichbar. Zwischenpunkte werden nicht vergeben. Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktgleichheit und wenn es dem Auftraggeber objektiv nachvollziehbar nicht möglich ist, den Bewerberkreis anhand der festgelegten Kriterien auf das vorgesehene Maß zu begrenzen, wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Losentscheid gem. § 75 Abs. 6 VgV getroffen.

Die Auswahl der Bewerber zwischen der Mindest- und Höchstzahl erfolgt anhand der erreichten Punktzahlen im Rahmen der Auswertung. Sofern hier ein großer Punktabstand erreicht wird, behält sich der Auftraggeber vor, eine geringere Anzahl als die angegebene Höchstzahl zur Angebotsabgabe aufzufordern.

1.) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Gesamtumsatz (netto): Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

50 Punkte: ab 500.000 EUR Umsatz / Jahr

40 Punkte: ab 400.000 EUR Umsatz / Jahr

30 Punkte: ab 300.000 EUR Umsatz / Jahr

20 Punkte: ab 200.000 EUR Umsatz / Jahr

10 Punkte: ab 100.000 EUR Umsatz / Jahr

Mindestkriterium: 100.000 EUR Umsatz / Jahr

2.) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

2.1.) Bürokapazität / Personalstärke, im Mittel der letzten 3 Jahre

50 Punkte: ab 4 Architekten/-innen / Ingenieuren/-innen / Techniker/-innen

30 Punkte: ab 3 Architekten/-innen / Ingenieuren/-innen / Techniker/-innen

10 Punkte: ab 2 Architekten/-innen / Ingenieuren/-innen

Mindestkriterium: (aktuell) 1 bauvorlageberechtigte/r Architekt/in / Ingenieur/in oder vergleichbare Berufszulassung (Bauvorlageberechtigung entscheidend) sowie 1 Person mit Berechtigung zur Erstellung des Standsicherheitsnachweises gem. Art. 62a BayBO, Nachweis gem. Art. 62 Abs. 3 BayBO

2.2.) Referenzportfolio Bewerber (Büro):

Referenzprojekte können eingereicht werden (und werden gewertet), sofern die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) im Zeitraum 01.01.2013 bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Bewerbungsfrist erfolgt ist. [HINWEIS: Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen].

Das Referenzportfolio wird anhand nachstehender Kriterien bewertet. Je Kriterium werden die unten aufgelisteten Punktzahlen vergeben. Für das Referenzportfolio kann somit eine maximale Punktzahl von 500 Punkten erreicht werden. (Entscheidend ist jeweils die höchste erreichbare Punktzahl je Kriterium.) Es wird hier ausschließlich auf die unterschiedlichen Erfahrungen abgestellt. Diese müssen nicht zwingend in den gleichen Referenzen vorhanden sein. Es können je Kriterium somit auch unterschiedliche Referenzen eingereicht werden. Eine

Erfüllung über gleiche Referenzen ist jedoch ebenfalls zulässig. Entscheidend ist die Anzahl der erfüllten Kriterien.

Kriterium 1: Wertstoffhöfe oder sonstige Bauwerke und Anlagen der Abfallentsorgung

- 100 Punkte: 3 Referenzprojekte: Wertstoffhöfe
- 75 Punkte: 3 Referenzprojekte: Wertstoffhöfe oder sonstige Bauwerke/Anlagen zur Abfallentsorgung
- 50 Punkte: 2 Referenzprojekte: Wertstoffhöfe oder sonstige Bauwerke/Anlagen zur Abfallentsorgung
- 25 Punkte: 1 Referenzprojekt: Wertstoffhof oder sonstiges Bauwerk/Anlage zur Abfallentsorgung

Kriterium 2: Verkehrsanlagen

- 100 Punkte: 3 Referenzprojekte: Parkplätze und/oder Verkehrsflächen
- 60 Punkte: 2 Referenzprojekte: Parkplätze und/oder Verkehrsflächen
- 20 Punkte: 1 Referenzprojekt: Parkplätze und/oder Verkehrsflächen

Kriterium 3: Betriebsgebäude oder sonstige Büro- oder Verwaltungsgebäude

- 50 Punkte: 2 Referenzprojekte: Betriebs-/Büro-/Verwaltungsgebäude
- 25 Punkte: 1 Referenzprojekt: Betriebs-/Büro-/Verwaltungsgebäude

Kriterium 4: Erfahrung mit PV-Anlagen

- 50 Punkte: 3 Referenzprojekte PV-Anlagen (Leistungen hierfür erbracht)
- 35 Punkte: 2 Referenzprojekte PV-Anlagen (Leistungen hierfür erbracht)
- 20 Punkte: 1 Referenzprojekt PV-Anlagen (Leistungen hierfür erbracht)

Kriterium 5: umfassende Erfahrung in den einzelnen Leistungsbildern

- 100 Punkte: jeweils 3 Referenzprojekte mit umfassender (Lph. 2-8 erbracht, Lph. 4 bei TGA jedoch unerheblich, bei TWP Lph. 2-6) Erfahrung in den Leistungsbildern IBW, VA, TWP, TA [je Leistungsbild müssen mind. 3 Referenzprojekte vorliegen, Leistungen können auch in gleichen Referenzen erbracht worden sein]
- 60 Punkte: jeweils 2 Referenzprojekte mit umfassender (Lph. 2-8 erbracht, Lph. 4 bei TGA jedoch unerheblich, bei TWP Lph. 2-6) Erfahrung in den Leistungsbildern IBW, VA, TWP, TA [je Leistungsbild müssen mind. 2 Referenzprojekte vorliegen, Leistungen können auch in gleichen Referenzen erbracht worden sein]
- 25 Punkte: jeweils 1 Referenzprojekt mit umfassender (Lph. 2-8 erbracht, Lph. 4 bei TGA jedoch unerheblich, bei TWP Lph. 2-6) Erfahrung in den Leistungsbildern IBW, VA, TWP, TA [je Leistungsbild muss mind. 1 Referenzprojekt vorliegen, Leistungen können auch in gleichen Referenzen erbracht worden sein]

Hinweis: Entscheidend ist die Anzahl der Referenzen je Leistungsbild. Sollten z.B. 3 Referenzen IBW, 2 Referenzen VA, 1 Referenz TWP und 3 Referenzen TGA vorliegen, so erhält der Bewerber dennoch nur 25 Punkte, da nur in einer Referenz die Erfahrung TWP vorliegt.

Kriterium 6: Größenordnung:

- 100 Punkte: 3 Referenzprojekte mit einer Größenordnung von Gesamtkosten (KG 200-700) netto von 1,5 Mio. EUR
- 60 Punkte: 2 Referenzprojekte mit einer Größenordnung von Gesamtkosten (KG 200-700) netto von 1,5 Mio. EUR

- 25 Punkte: 1 Referenzprojekt mit einer Größenordnung von Gesamtkosten (KG 200-700) netto von 1,5 Mio. EUR

Mindestkriterium:

In jedem Kriterium müssen Punkte erreicht worden sein. Ist dies nicht der Fall, ist die Bewerbung zwingend vom Verfahren auszuschließen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenweise Beauftragung:

Stufe 1: Lph. 1 und 2

Stufe 2: Lph. 3 und 4

Stufe 3: Lph. 5, 6 und 7

Stufe 4: Lph. 8 und 9

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Vorgesehener Termin für die Fertigstellung: Ende 2025 + Lph. 9

Inbetriebnahme Wertstoffhof: spätestens 01.01.2026

Die Angebotsfrist gem. § 17 Abs. 7 VgV soll von 25 Tagen auf 15 Tage verkürzt werden.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Der Nachweis zur Berufsausübung des Inhabers/der Inhaberin oder der Führungskräfte des Unternehmens oder der Projektleitung ist durch Vorlage der Berufszulassung (Nachweis Kammereintragung oder Diplomurkunde (Architekten, Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung) zu führen. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,

a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen

oder

b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Nachweis Bauvorlageberechtigung nach Art. 61 Bayerische Bauordnung (BayBO)

Standortsicherheitsnachweises gem. Art. 62a BayBO, Nachweis gem. Art. 62 Abs. 3 BayBO

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Eigenerklärung über den Umsatz für entsprechende Dienstleistungen: Umsatz (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

Bei Bewerbergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzeln anzugeben.

Nachweis auf Verlangen der Vergabestelle durch Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers, mit einer Deckungssumme von mind. 0,5 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 0,5 Mio. EUR für sonstige Schäden. Sie/Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall muss die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen.

Die Deckung muss über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Bei einer ARGE muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherungsbestätigung ALLER ARGE-Mitglieder vorliegen (Mindestsummen sind von jedem ARGE-Mitglied vorzuweisen), wenn in der jeweiligen Bescheinigung der Passus enthalten ist, dass auch die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften sowie das in diesem Zusammenhang bestehende Risiko aus der gesamtschuldnerischen Haftung und dem Insolvenzrisiko eines ARGE-Partners mitversichert ist. Eigenerklärungen diesbezüglich sind vorläufig ausreichend.

Bei Erteilung des Auftrags muss der gültige Versicherungsschein nachgereicht werden. Der Auftragnehmer / die ARGE ist verpflichtet, dem Auftraggeber jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestkriterium: 100.000 EUR Umsatz (netto) / Jahr

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweise gem. § 46 Abs. 3 VgV; entsprechende Formblätter werden mit den Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt.

Der Nachweis der fachlichen Qualifikation der tatsächlichen Leistungserbringer im Auftragsfall oder des Inhabers/der Inhaberin oder der Führungskräfte des Unternehmens ist durch Vorlage

der Berufszulassung (Nachweis Kammereintragung oder entsprechende Urkunde (Architekten, Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung) zu führen. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,

a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen

oder

b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Eigenerklärungen über:

A.) das jährliche Mittel der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren Beschäftigten (Architekt/-innen, Ingenieur/-innen, Techniker/-innen, Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung)

B.) Referenzen (Die Angaben sind in den entsprechenden Formblättern "Bewerbungsbogen /Projektdatenblätter" zu machen):

Referenzportfolio Bewerber (Büro) gesamt der letzten 10 Jahre, Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) zwischen 01.01.2013 und dem Ablauf der unter IV.2.2 genannten Bewerbungsfrist

(Hinweis: Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen) mit Angaben zu:

- Auftraggeber
- Wertstoffhöfe oder sonstige Bauwerke und Anlagen der Abfallentsorgung
- Verkehrsanlagen
- Betriebsgebäude oder sonstige Büro- oder Verwaltungsgebäude
- Erfahrung mit PV-Anlagen
- umfassende Erfahrung in den einzelnen Leistungsbildern Ingenieurbauwerke, Verkehrsanlagen, Tragwerksplanung, Technische Ausrüstung (Leistungen können auch in gleichen Referenzen erbracht worden sein)
- Größenordnung des Projekts (Gesamtkosten KG 200-700)

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestkriterium:

(aktuell) 1 bauvorlageberechtigte/r Architekt/in / Ingenieur/in oder vergleichbare Berufszulassung (Bauvorlageberechtigung entscheidend)

sowie 1 Person mit Berechtigung zur Erstellung des Standsicherheitsnachweises gem. Art. 62a BayBO, Nachweis gem. Art. 62 Abs. 3 BayBO

Referenzprojekte finden nur insoweit Berücksichtigung, als die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit /Inbetriebnahme) zwischen 01.01.2013 und dem Ablauf der unter IV.2.2.) genannten

Bewerbungsfrist stattgefunden hat. Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen.

In jedem Kriterium im Referenzportfolio müssen Punkte erreicht worden sein. Ist dies nicht der Fall, ist die Bewerbung zwingend vom Verfahren auszuschließen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Architekten und Ingenieure; Bayerische Bauordnung (BayBO) und Bayerisches Baukammerngesetz (BayBauKaG).

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 20/06/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Einzelbewerber oder Arbeitsgemeinschaft (ARGE), gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter, Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer ARGE sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren.

Bewerbungen sind nur und ausschließlich auf den zum Download gestellten Bewerbungsunterlagen zulässig. Teilnahmeanträge, für die nicht die zum Download gestellten Bewerbungsunterlagen/-formulare verwendet werden, werden ausgeschlossen.

Anfragen, Nachfragen etc. sind AUSSCHLIESSLICH nach der Registrierung über die Vergabepattform zu stellen.

DIE BIETERKOMMUNIKATION ERFOLGT AUSSCHLIESSLICH ÜBER DAS DEUTSCHE VERGABEPORTAL (DTVP), UM SICHERZUSTELLEN, DASS BIETER UND VERGABESTELLE ÜBER VERSANDTE NACHRICHTEN AUCH EINE E-MAIL-BENACHRICHTIGUNG ERHALTEN.

Das Formular "Teilnahmeantrag und Bewerbungsunterlagen" ist zwingend einzureichen, fehlt dieses ist die Bewerbung ganz auszuschließen.

Die Bewerbung selbst muss elektronisch über die Vergabepattform über das herunterzuladende Bietertool unter dem Reiter "Teilnahmeanträge" (NICHT als Nachricht oder per E-Mail) eingereicht werden. Bei dem Formular "Bewerbungsbogen" inkl. Anlagen handelt es sich um das Hauptformular der Bewerbungsunterlagen (dieser gilt für den Bewerber bzw. die ARGE insgesamt). Wenn und soweit die dort gemachten Angaben nicht vollständig oder falsch sind, geht dies zu Lasten des Bewerbers. Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist (IV.2.2) nicht vorgelegt werden, bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern; die Bewerber haben keinen Anspruch darauf, dass der Auftraggeber von dieser Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht. Eine unvollständige Einreichung führt, wenn die Vergabestelle von der Nachforderungsmöglichkeit nicht Gebrauch macht, oder eine Nachforderung fruchtlos geblieben ist, zum Ausschluss aus dem Verfahren. Broschüren und weitere Unterlagen zur Vorstellung des Büros sind ausdrücklich nicht erwünscht und werden nicht berücksichtigt.

Eine Registrierung ist für den Download der Unterlagen nicht erforderlich. Es wird jedoch eine Registrierung auf der Vergabepattform empfohlen. Sollten Fragen zu den

Bewerbungsunterlagen gestellt werden, so werden die Antworten hierauf in die Plattform eingestellt werden. Im Falle einer Registrierung bekommt der Bewerber eine Mitteilung hierüber, auch wenn Unterlagen geändert werden sollten. Ohne diese freiwillige Registrierung ist der Bewerber selbst dafür verantwortlich, sich zu informieren, ob es Änderungen oder Antworten gibt.

Fragen sind so rechtzeitig (spätestens jedoch 9 Kalendertage vor Fristablauf) zu stellen, sodass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens 6 Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als 6 Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten (ggf. ohne Fristverlängerung).

Bekanntmachungs-ID: CXP4YHY6X6C

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig (§ 160 Abs. 3 GWB), soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

19/05/2023